

## **ANTRAG**

**der Fraktionen der SPD, CDU und PDS**

**Entschließung zur Umsetzung von Beschlüssen der 12. Ostseeparlamentarierkonferenz in Oulu (Finnland) am 8. und 9. September 2003**

Der Landtag möge beschließen:

1. Der Landtag stimmt den von der 12. Ostseeparlamentarierkonferenz (Baltic Sea Parliamentary Conference - BSPC) in Oulu am 9. September 2003 verabschiedeten Beschlüssen (Anlage) im Rahmen seiner Zuständigkeiten zu.
2. Der Landtag begrüßt, dass die 12. Ostseeparlamentarierkonferenz den vom Landtag Mecklenburg-Vorpommern vorgeschlagenen Handlungsempfehlungen - gemäß Drucksachen 4/281 sowie 4/554 - zur weiteren Verbesserung der maritimen Sicherheit im Wesentlichen zugestimmt hat. In diesem Zusammenhang wird ferner begrüßt, dass die Konferenz den Landtag Mecklenburg-Vorpommern gebeten hat, sein Engagement in der Sache sowie im Rahmen der Wahrnehmung des Beobachterstatus der Konferenz bei der Helsinki-Kommission fortzusetzen.
3. Der Landtag beauftragt seine zuständigen Ausschüsse und Arbeitsgremien, den Beschlüssen der 12. Ostseeparlamentarierkonferenz weiterhin kontinuierlich hohe Aufmerksamkeit zu widmen und dem Landtag gegebenenfalls hierzu Beschlüsse zu empfehlen.

4. Die Landesregierung wird aufgefordert, sich im Rahmen ihrer Zuständigkeiten auf regionaler, nationaler und internationaler Ebene nachdrücklich für die in der Resolution enthaltenen Forderungen einzusetzen und im Rahmen ihrer Jahresberichte zur Zusammenarbeit im Ostseeraum, die auf der Grundlage des Landtagsbeschlusses vom 12. März 2003 zu Drucksache 4/281 vorgelegt werden, insbesondere auch jeweils auf die Entwicklungen und geplanten Maßnahmen zur Verbesserung der maritimen Sicherheit auf den unterschiedlichen Ebenen einzugehen.

**Volker Schlotmann und Fraktion**

**Eckhardt Rehberg und Fraktion**

**Angelika Gramkow und Fraktion**

**Begründung:**

Vom 8. bis 9. September 2003 fand in Oulu, Finnland, die 12. Ostseeparlamentarierkonferenz (Baltic Sea Parliamentary Conference - BSPC) statt. Vertreten waren Delegierte nationaler und regionaler Parlamente der Ostseeanrainerstaaten. Die Konferenzteilnehmer behandelten in drei Sitzungsabschnitten die Hauptthemen „Zusammenarbeit im Ostseeraum“, „Wissensgesellschaft im Ostseeraum“ und ihren Einfluss auf den Arbeitsmarkt sowie - aufbauend auf den Beschlüssen von Greifswald und St. Petersburg - die „Verbesserung der maritimen Sicherheit“ im Hinblick auf den Seeverkehr und den Meeresumweltschutz.

Im ersten Sitzungsabschnitt bestimmte die maritime Sicherheit die Diskussion der Delegierten. Die Präsidentin des Landtages Mecklenburg-Vorpommern hatte für die BSPC zusammen mit dem ehemaligen dänischen Verkehrsminister und Vertreter des Nordischen Rates den Beobachterstatus für die Ostseeparlamentarierkonferenz bei der Helsinki-Kommission wahrgenommen und die Positionen der BSPC dort vertreten. Als Berichterstatterin betonte sie, dass die zwingende Notwendigkeit der Zustimmung zur Ausweisung der Ostsee als PSSA (Particularly Sensitive Sea Area - besonders sensibles Seegebiet), eine frühzeitigere Ausmusterung von Einhüllentankern sowie die Gewährleistung einer wirkungsvollen Küstenwache und Luftraumüberwachung elementare Schritte zur weiteren Verbesserung der maritimen Sicherheit im Ostseeraum seien.

In sehr intensiven Verhandlungen war es der Konferenz auf Initiative des Landtages Mecklenburg-Vorpommern in Zusammenarbeit mit den übrigen deutschen Delegationen sowie des Dänischen Parlaments erstmals gelungen, die Russische Föderation für eine Ausweisung der gesamten Ostsee als PSSA - und darüber hinaus zur Befürwortung von Lotsenpflichten in besonders gefährdeten Seegebieten - zu gewinnen.

Nach den enttäuschenden Ergebnissen der HELCOM/OSPAR-Ministertagung in Bremen im Juni dieses Jahres kann dies als weiterer großer Durchbruch zur Verbesserung der maritimen Sicherheit auf der Ostsee gewertet werden. Nunmehr bestehen begründete Hoffnungen, dass durch den politischen Druck über die parlamentarische Ebene alle Ostseeanrainerstaaten einen entsprechenden gemeinsamen Antrag bei der Internationalen Seeschiffahrtsorganisation (IMO - International Maritime Organisation) stellen werden. Nach Anerkennung der Ostsee als PSSA, wird es dann möglich sein, für große Öl- und Chemietanker eine Lotsenpflicht in besonders gefährdeten Seegebieten durchzusetzen.

Im Rahmen der Verhandlungen wurde Mecklenburg-Vorpommern bei der zusätzlichen Forderung nach der Entwicklung eines „Baltic Sea Memorandum of Understanding“ zwischen den Anrainerstaaten der Ostsee entscheidend durch das Europäische Parlament unterstützt. Dadurch soll eine Reduzierung von Schadstoffemissionen aus dem Schiffsbetrieb gewährleistet werden.

Mit der einstimmigen Verabschiedung der Resolution (Teil 2) ist es gelungen, dass die Konferenz allen wesentlichen Forderungen, die der Landtag auf der Grundlage intensiver Debatten und in Auftrag gegebener Gutachten der Universität Rostock an die Ostseeparlamentarierkonferenz gerichtet hatte, zugestimmt hat.

Begrüßenswert ist, dass die Konferenz den Landtag gebeten hat, sein Engagement in der Sache sowie im Rahmen der Wahrnehmung des Beobachterstatus der BSPC bei der Helsinki-Kommission fortzusetzen. In diesem Zusammenhang hat die Konferenz dem Landtag von Mecklenburg-Vorpommern in ihrem Beschluss ausdrücklich für seinen entscheidenden Beitrag in der Vorbereitung und Verabschiedung der Resolution auf dem Gebiet der „Maritimen Sicherheit“ gedankt. Daraus erwächst für den Landtag zugleich die Verpflichtung, dieser Thematik weiterhin eine kontinuierlich hohe Aufmerksamkeit zu widmen und diese mit der bisherigen Intensität über seine zuständigen Ausschüsse und Arbeitsgremien aufzubereiten. Daraus leitet sich auch die Notwendigkeit ab, die Landesregierung aufzufordern, sich im Rahmen ihrer Zuständigkeiten auf regionaler, nationaler und internationaler Ebene nachdrücklich für die in der Resolution enthaltenen Forderungen einzusetzen. Ein besonderes Eingehen durch die Landesregierung auf die Entwicklungen und geplanten Maßnahmen zur Verbesserung der maritimen Sicherheit auf den unterschiedlichen Ebenen im Rahmen der Jahresberichte zur Zusammenarbeit im Ostseeraum gewährleistet die Möglichkeit, auf dieser Grundlage jeweils weitere aktuelle Maßnahmenvorschläge für die anstehenden Ostseeparlamentarierkonferenzen abzuleiten und im Rahmen entsprechender Beschlüsse an die jeweils Anfang September stattfindenden Konferenzen zu richten.

Auch im ersten Resolutionsteil richtete die BSPC klare Forderungen an den Ostseerat sowie die Regierungen der Ostseeanrainerstaaten. Angesichts des Übergangs von der Industrie- zur Wissensgesellschaft stand insbesondere - unter dem Blickwinkel der anstehenden EU-Osterweiterung und Einbindung der Russischen Föderation - die Schaffung von finanziellen, technischen und Bildungsvoraussetzungen im Vordergrund. Seitens der Konferenz wurden dazu im Wesentlichen eine effiziente und sichere IT-Infrastruktur, die Verbesserung der Sprachkompetenzen (Fremdsprachen), die Harmonisierung von Bildungsstandards und Ausbildungsgängen, die Unterstützung des Technologietransfers sowie die Verbesserung der Kompetenzen von Arbeitnehmern, um deren Vermittlungsmöglichkeiten und Wettbewerbsfähigkeit zu verbessern, aufgeführt. Ziel ist es, den Ostseeraum zu einer Pilotregion für den Prozess zur Entwicklung einer Wissensgesellschaft zu machen.

Mit dem einvernehmlichen Votum aller Delegationen wurde der aus der Anlage ersichtlichen Resolution zugestimmt. Die 13. BSPC soll am 30. und 31. August 2004 im norwegischen Bergen stattfinden.

Mit seiner Zustimmung zu den Beschlüssen der BSPC unterstreicht der Landtag - wie in den Vorjahren - seine Unterstützung für die in der Resolution enthaltenen Positionen und Forderungen.

Anlage  
(nichtamtliche Übersetzung)

## **Der Ostseeraum - ein Raum des Wissens und Maritime Sicherheit im Ostseeraum**

### **Resolution**

**angenommen von der  
12. Ostseeparlamentarierkonferenz (BSPC)  
in Oulu, Finnland, 8. - 9. September 2003**

Die Teilnehmer der Konferenz

*unter Konzentration auf*

1. die WISSENSGESELLSCHAFT im Ostseeraum und deren Auswirkungen auf den ARBEITSMARKT,
2. die MARITIME SICHERHEIT im Zusammenhang mit dem Verkehr und der Umwelt im Ostseeraum,

#### **im Hinblick auf Punkt 1**

*in Anbetracht*

- der Globalisierung und des schnellen Wandels der Gesellschaft von der Industrie- über die Dienstleistungs- zu einer auf der Gleichheit der Geschlechter beruhenden Wissensgesellschaft,
- des international anerkannten Informationsgesellschaftsindex, demzufolge keine Region in Europa so gut auf die Wissensgesellschaft vorbereitet ist wie Nordeuropa,
- der Definition der OECD für lebenslanges Lernen, welches alle Arten individueller und sozialer Entwicklung unter allen erdenklichen Rahmenbedingungen umfasst - d. h. sowohl herkömmliche, in Schulen, Berufsschulen, Hochschulen und Volkshochschulen erlangte Bildung als auch auf nicht herkömmliche Weise zu Hause, bei der Arbeit und im Alltag angeeignete Bildung, wobei das Hauptaugenmerk auf die von allen Menschen unabhängig vom Alter benötigten Kenntnisse und Kompetenzen gelegt wird,

*fördern den Ostseerat und die Regierungen der Ostseeländer auf*

- die große Chance, die eine Wissensgesellschaft und das mit ihr verbundene Netzwerk zu bieten hat, für den regionalen Aufbauprozess im Ostseeraum zu nutzen, und zwar insbesondere durch Schaffung einer effizienten und sicheren IT-Infrastruktur zum Nutzen aller Bürger in der Region,
- die Chancen für die Wissensgesellschaft durch Förderung von Sprachkompetenzen - sowohl von Mutter- als auch von (Fremd-)sprachen - und des Verständnisses der Kultur anderer Nationen zu verbessern,
- die gegenseitige Anerkennung von Diplomen und die Schaffung einheitlicher akademischer Grade im Ostseeraum durch eine Harmonisierung von Bildungsstandards und Ausbildungsgängen zu fördern, wodurch die Voraussetzungen für eine grenzüberschreitende Mobilität von Arbeitskräften geschaffen würden,
- die physische Mobilität durch Schaffung einer eigenen Charta für Gastprofessoren und Wissenschaftler zu steigern, einschließlich - als langfristiges Ziel - der Vision eines letztendlich visafreien Reiseverkehrs zwischen Russland und der EU,
- sich auf eine gemeinsame Strategie zur Entwicklung einer wissensorientierten Gesellschaft im Ostseeraum zu verständigen und eine solche Strategie durch gemeinsame Projekte, gemeinsame Bildungsprogramme und gemeinsam betriebene Wissenschaftsnetzwerke umzusetzen, wie z. B. Fernstudium, Fernunterricht, Ostsee-Sommerakademien und virtuelle Netze der Universitäten im Ostseeraum,
- den Ostseeraum zu einer Pilotregion für den Prozess zur Entwicklung einer Wissensgesellschaft zu machen, und zwar unter Beobachtung, Charakterisierung und Klassifizierung entsprechender Maßnahmen und der Schaffung von Standards für künftige Maßnahmen in Europa,
- die Möglichkeit der Schaffung einer Datenbank für offene Stellen im Ostseeraum in Betracht zu ziehen, um einen gegenseitigen Austausch von Arbeitskräften zu ermöglichen, und dafür bestehende Datenbanken für offene Stellen zu nutzen und auf eine für den Arbeitsmarkt im Ostseeraum förderliche Art und Weise weiter zu entwickeln,
- neben Studien und gemeinsamen Forschungsprojekten auch wesentlich tiefergehende Kommunikations- und Lernprozesse zu organisieren, in erster Linie durch eine Reihe von Aktivitäten auf dem Gebiet der Kultur und der Zugehörigkeit zu Bevölkerungsgruppen,
- einem nachhaltigeren Zusammenhang zwischen Schulbildung, Berufsausbildung und beruflicher Tätigkeit vorrangige Bedeutung beizumessen,
- die Bemühungen zur Entwicklung von Kompetenzen und lebenslangem Lernen zu verstärken, um so die Arbeitsvermittlungsfähigkeit, die Wettbewerbsfähigkeit und das Wohlergehen der Menschen auf dem Arbeitsmarkt und in der Gesellschaft in den Ostseeländern zu steigern,

- den sozialen Dialog im Arbeitsmarkt zu verstärken, und zwar durch Förderung des Zugangs zum Arbeitsmarkt unter Gleichbehandlung Aller und Verbesserung der Bedingungen am Arbeitsplatz,
- zu berücksichtigen, dass der Ostseeraum nur gedeihen kann, wenn es dort gut funktionierende Arbeitsmarktstrukturen und qualifizierte Arbeitskräfte gibt,
- auf dem Gebiet des Technologietransfers tätige Einrichtungen zu unterstützen, um so Innovationsmechanismen zu fördern,

*sind übereingekommen*

- die Entwicklung eines Netzes von im Ostseeraum angesiedelten Ausbildungseinrichtungen für auf dem Gebiet der öffentlichen Gesundheit tätige Fachkräfte zu unterstützen, um die Fähigkeit der Gesellschaft zur Prävention und Bekämpfung schwerwiegender Bedrohungen für die Gesundheit der Bevölkerung zu verbessern und die Anwendung neuer Technologien und Ausbildungsprogramme zu koordinieren,

## **im Hinblick auf Punkt 2**

*in Anbetracht*

- der steigenden Zahl von Schiffshavarien im europäischen Raum, die bereits zu verheerenden Schäden für die Menschen, die Umwelt sowie für die Wirtschaft in den betroffenen Regionen geführt haben, und angesichts der großen Gefahr, dass auch die Ostsee jederzeit von einem ähnlichen ökologischen Desaster betroffen sein kann,
- von Teil II „Maritime Sicherheit“ der von den Teilnehmern der 10. und 11. Parlamentarischen Konferenz über Zusammenarbeit im Ostseeraum in Greifswald (2001) und St. Petersburg (2002) verabschiedeten Entschließungen, sowie des laufenden Prozesses zur Umsetzung dieser Entschließungen,
- der Ergebnisse und Ansätze des HELCOM-/IMO-/EU-Workshops am 11./12. März 2003 in Rostock-Warnemünde (Deutschland),
- der Entscheidung der 24. HELCOM-Generalversammlung, der HELCOM-Umweltministerkonferenz sowie der Ersten Gemeinsamen HELCOM-/OSPAR-Umweltministerkonferenz am 25./26. Juni 2003 in Bremen (Deutschland) als wichtigem aber noch nicht hinreichendem europäischen Schritt, die maritime Sicherheit als prioritär und damit als wichtige Voraussetzung für den Schutz der Meeresumwelt anzuerkennen sowie der damit verbundenen Beschlüsse,

*fordern den Ostseerat und die Regierungen der Ostseeländer sowie die HELCOM auf*

ihre Bemühungen zur Verbesserung der maritimen Sicherheit im Ostseeraum in allen relevanten Organisationen - so auch im Rahmen der IMO - verstärkt fortzusetzen, insbesondere durch nachdrückliches Eintreten für:

- die Ausweisung der Ostsee als besonders schutzwürdiges Seegebiet (PSSA) im Rahmen der IMO sowie strengere Regelungen zur Verhinderung von Schadstoffeinleitungen aus dem Schiffsbetrieb,
- die Festlegung einheitlicher Zugangsbeschränkungen für Substandardschiffe sowie ein sofortiges Einlaufverbot für Einhüllenöltankschiffe der Kategorie 1 in europäischen Gewässern und Häfen auf internationaler Ebene im Rahmen aller zuständigen Institutionen, einschließlich der IMO,
- Möglichkeiten für eine einheitliche Anwendung von Regelungen zur Eisklassifizierung von Schiffen und zur Bereitstellung von Eisbrecherdiensten im Ostseeraum während der Wintermonate zu untersuchen,
- die Unterstützung der Europäischen Kommission bei der Umsetzung ihrer Vorschläge zur Verbesserung der maritimen Sicherheit im Einklang mit internationalem Seerecht,
- die schnellstmögliche Einrichtung und Ausweisung von Notliegeplätzen sowie einer Intensivierung der Zusammenarbeit mit den Ostseeanrainerstaaten zur Umsetzung des Notliegeplatzkonzepts der Europäischen Gemeinschaft und zusätzliche Bemühungen zur zeitnahen Umsetzung des Verfahrens zur Einweisung von Havaristen sowie die Kompensation von uneinbringlichen Schadenssummen,
- eine schnelle Ratifizierung des neuen IMO-Übereinkommens über die in diesem Jahr vereinbarte Erhöhung der Haftungsdeckung des Ölhaftungsfonds durch die Ostseeanrainerstaaten,
- eine vorrangige Ratifizierung der Übereinkommen über die zivilrechtliche Haftung von Schäden durch Bunkeröl und gefährliche Güter sowie die Unterzeichnung und Ratifizierung eines Übereinkommens über die Wrackbeseitigung,
- die Entwicklung eines „Baltic Sea Memorandum of Understanding“ zwischen den Ostseeanrainerstaaten, das durch die Reduzierung von Emissionen aus dem Schiffsbetrieb - insbesondere der Abgasemissionen in den Häfen - einen umweltfreundlichen Seeverkehr im gesamten Ostseeraum gewährleistet,
- die Gewährleistung einer möglichst wirkungsvollen Küstenwache und Luftraumüberwachung, sowie die Einrichtung von Sonderzonen in gefährlichen Bereichen der Ostsee, in denen große Seeschiffe, vor allem Öl- und Chemikalientanker, nicht mehr ohne Seelotsen fahren dürfen,
- den zielstrebigsten Abbau von Ratifikationsdefiziten bei wichtigen internationalen Übereinkommen, damit möglichst viel Übereinkommen durch alle Ostseeanrainerstaaten angewendet werden,

*sind übereingekommen*

- hervorzuheben, wie wichtig es ist, dass die Ostseeparlamentarierkonferenz die Weiterentwicklung der Initiativen im gesamteuropäischen Raum aktiv verfolgt,
- den Ständigen Ausschuss aufzufordern, die Bewertung der Arbeit des Ostseerats zu verfolgen und die Ostseeparlamentarierkonferenz als parlamentarische Dimension des Ostseerats zu stärken,
- dem Landtag von Mecklenburg-Vorpommern für dessen bedeutenden Beitrag bei der Ausarbeitung der Entschlüsse besonders zu danken,
- den Ständigen Ausschuss gemeinsam mit den Beobachtern der Ostseeparlamentarierkonferenz bei der HELCOM zu bitten, ihr Engagement in Fragen der maritimen Sicherheit weiter fortzusetzen,
- allen an der Bekämpfung der Folgen der jüngsten Tankerunfälle Beteiligten ihren Dank auszusprechen

*nehmen*

- die Einladung des norwegischen Parlaments Stortinget, die 13. Ostseeparlamentarierkonferenz vom 29. - 31. August 2004 in Bergen abzuhalten, dankbar an.

Anlage

**The Baltic Sea Region - an Area of Knowledge  
and  
Maritime Safety in the Baltic Sea Region**

**Resolution**

**adopted by the 12th Baltic Sea Parliamentary Conference (BSPC),  
assembled in Oulu, Finland, 8-9 September 2003**

The participants of the Conference

*concentrating on*

1. KNOWLEDGE-BASED SOCIETY in the Baltic Sea Region as well as on its impact on the LABOUR MARKET,
2. MARITIME SAFETY in the context of transport and environment in the Baltic Sea Region

**referring to point 1**

*taking note of*

- the globalisation and the rapid change of society from an industrial over a service-oriented towards a knowledge-based society, founded on gender equality
- the internationally recognised Information Society Index, indicating that no European Region is as well prepared for the knowledge-based society as Northern Europe
- the OECD definition of lifelong learning, which embraces individual and social development of all kinds and in all settings - formally, in schools, vocational, tertiary and adult education institutions, and non-formally, at home, at work and in the community, focusing on the standards of knowledge and skills needed by all, regardless of age

*call on the CBSS and their governments to*

- use the great chance which a knowledge-based society and its corresponding network offers for the region-building process in the Baltic Sea Area, especially by creating an efficient and secure IT infrastructure for the benefit of all citizens in the region
- improve chances for the knowledge-based society by promoting language skills, including native languages, and the understanding of other nations cultures

- promote the mutual recognition of diplomas and the creation of multi-institutional degrees in the Baltic Sea Region based on harmonized educational standards and programmes, thus establishing the requirements for cross-border mobility of labour resources
- increase physical mobility by means of establishing a special charter for the visiting scholars and research fellows, including the vision of long-term goal of ultimate visa-free travel between Russia and the EU
- agree on a common strategy for the development of a knowledge-based society in the Baltic Sea region, implementing such a strategy by joint projects, joint educational programmes and jointly operated scientific networks, such as distance learning, distance teaching, Baltic Sea summer schools and virtual networks of Baltic Sea universities
- make the Baltic Sea Region a pilot area for the knowledge-based society implementation process, carrying out observation, characterisation and classification of the measures under review, and setting up standards for future actions in Europe
- consider the possibility of establishing a data base of job vacancies in the Baltic Sea Region in order to provide mutual exchange of labour force, and to use the existing data bases on job vacancies and to develop them in a way which is useful for the Baltic labour market
- organise, apart from studies and joint research projects, much deeper processes of communication and learning, focusing on a series of activities in the field of culture and citizenship
- attach priority emphasis to a much more effective interrelationship between education, vocational training and employment
- increase skills and lifelong learning in order to ensure employability, competitiveness and welfare in the labour market and in the society in the Baltic Sea States
- strengthen the social dialogue in the labour market, promoting access to the labour market with equal treatment for all, and developing conditions at working places
- bear in mind that the Baltic Sea Region can only flourish if there are well-functioning labour market structures and a qualified labour force
- support technology transfer institutions in order to stimulate innovation mechanisms

*agree to*

- support the development of a network of schools of public health around the Baltic Sea, in order to improve the societies' capacity to prevent and control serious threats to people's health and with the aim of coordinating new technologies and training programmes

**referring to point 2***taking note of*

- a growing number of shipping accidents in the European region, which already have brought about devastating damage to the population, the environment and the economy and the great danger that the Baltic Sea can also be affected anytime by a similar ecological catastrophe
- part II “Maritime Safety and Security” of the resolutions adopted by the participants of the 10th and 11th Baltic Sea Parliamentary Conference in Greifswald (2001) and St. Petersburg (2002) and the ongoing process of its implementation
- the results and approaches of the HELCOM/IMO/EU workshop held on 11th and 12th March 2003 in Rostock-Warnemünde (Germany)
- the decision, as well as the related resolutions, adopted at the 24th regular HELCOM Session, the HELCOM Ministerial Meeting, and the First Joint HELCOM/OSPAR Ministerial Meeting held on 25-26 June 2003 in Bremen (Germany), as an important, though not yet sufficient European step on the way towards recognising maritime safety and security as an priority, and hence, as an important prerequisite for the protection of the marine environment

*call on the CBSS and their governments as well as on HELCOM to*

step up their efforts in all relevant organizations, including the framework of IMO, to improve maritime safety and security all over, especially by giving their full backing to:

- the efforts towards designating the Baltic Sea as a Particularly Sensitive Sea Area (PSSA) within the IMO and introducing stricter rules for the prevention of pollution from ships
- introducing on the international level within the framework of all appropriate institutions, including IMO, uniform rules to restrict access of substandard ships, and imposing a ban effective immediately prohibiting access of category-1 single-hull oil tankers, to European waters and ports
- looking into the possibility for unified application of rules for the ice classification of ships and arrangement of icebreaker services during the winter period in the Baltic Sea area
- supporting the European Commission in implementation of its proposals for improving maritime safety and security in accordance with the international law of the sea
- establishing and identifying, as soon as possible, places of refuge and intensifying cooperation among Baltic Sea countries in order to implement the European Community’s places of refuge concept, and making additional efforts to quickly implement the procedure for directing damaged ships to ports, and providing compensation for irrecoverable losses

- a speedy ratification by the Baltic Sea States of the new IMO convention on increased liability levels of the oil funds as agreed this year
- giving priority to ratifying the conventions on civil liability for bunker oil pollution damage and damage caused by dangerous goods, and to signing and ratifying a convention on the removal of wrecks
- developing a “Baltic Sea Memorandum of Understanding” among the Baltic Sea countries which will guarantee environmentally sound maritime transport in the entire Baltic Sea Region by reducing emissions from shipping operations, in particular exhaust emissions in ports
- work for the most efficient coastal patrol and airborne surveillance possible, and for the establishment of special zones in dangerous areas of the Baltic Sea in which large sea-going vessels (especially oil and chemical tankers) will not be allowed to sail without pilots
- systematically supporting the ratification of important international conventions, so that as many conventions as possible will be applied by the Baltic Sea countries

*agree to*

- stress the importance of BSPC to be active in following the development of the Wider Europe initiatives
- call upon the Standing Committee to follow the assessment of the work of CBSS and to strengthen the Baltic Sea Parliamentary Conference as the Parliamentary dimension of CBSS
- convey their particular thanks to the Parliament of Mecklenburg-Vorpommern for its significant contribution in preparing this resolution
- ask the Standing Committee, together with the BSPC observers in HELCOM, to pursue its engagement in the issues related to maritime safety
- thank all those involved in combating the consequences of the latest tanker accidents

*accept*

- with gratitude the invitation of the Norwegian Parliament Stortinget to hold the 13th Baltic Sea Parliamentary Conference on 29 - 31 August 2004 in Bergen.